

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Wahlplattform 2011

ja 



EINE SCHWEIZ FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die Schweiz ist ein reiches Land. Sie hat ein solides soziales Netz und gute öffentliche Infrastrukturen. Die SP hat viel dazu beigetragen. Ohne SP gäbe es keine AHV, keine Mutterschaftsversicherung, keine Gesamtarbeitsverträge, kein Frauenstimmrecht, keine Verkehrsverlagerung. Wir haben die Schweiz, wie sie heute ist, entscheidend mitgeprägt und voran gebracht. Doch wir wollen uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben.

Die Schweiz ist wirtschaftlich gut aufgestellt. Aber der wirtschaftliche Erfolg muss allen zugutekommen. Es gibt viele Familien, denen Ende Monat kaum Geld im Portemonnaie bleibt. Weil die Krankenkassenprämien und die Mieten steigen, und der Lohn mit dieser Entwicklung nicht Schritt hält. Andere wenige wissen kaum mehr wohin mit ihrem vielen Geld. Ausgerechnet ihnen wird immer mehr gegeben, seien es Steuergeschenke oder hohe Boni. Die SP will eine Wirtschaft, die für die Menschen da ist. Denn wir glauben, dass wir weiter kommen, wenn nicht nur jeder für sich selber schaut.

Die Schweiz hat eine grosse demokratische Tradition. Mit einem Haken, der nicht ganz unbedeutend ist. In Bern dominieren die Interessenvertreter der Banken, Krankenkassen, Versicherungen und andere Unternehmungen. Doch wer kümmert sich um die Anliegen der breiten Bevölkerung? Die SP setzt sich ein für die Mieterinnen und Mieter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Konsumentinnen und Konsumenten. Die Mehrheit der Bevölkerung hat in Bern nur eine Lobby: Die SP.

Die Schweiz kann mehr. Sie kann gerechter, innovativer und fortschrittlicher werden. Wir wollen die Probleme von heute nicht mit den Rezepten von vorgestern lösen. Wir wollen eine freie, gerechte und solidarische Schweiz. Wir stehen ein für eine Gesellschaft, in der sich jede und jeder frei entfalten kann. Wo aber auch ein soziales Netz da ist, das trägt, wenn jemand einmal nicht für sich selber schauen kann und auf Hilfe angewiesen ist. Das kann uns allen einmal passieren. „Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ steht in unserer Bundesverfassung.

Unsere Politik muss auch heute den Menschen die Gewissheit geben, dass eine bessere Zukunft für alle möglich ist und nicht nur für ein paar wenige Privilegierte. Heute bestimmen oft Sonderinteressen und Lobbyanliegen die Politik. Das muss sich ändern. Es braucht eine Politik im Interesse der ganzen Bevölkerung.

Christian Levrat, Parteipräsident

ZAHLBARER WOHNRAUM SIEHT ANDERS AUS

WOFÜR WIR UNS EINSETZEN WOLLEN. FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die Schweiz kann mehr. Sie kann gerechter, freier und solidarischer werden. Die folgenden zehn Projekte können die Schweiz vorwärts bringen. Im Interesse der ganzen Bevölkerung.

1. WIR WOLLEN 100'000 NEUE ARBEITSPLÄTZE DANK ERNEUERBAREN ENERGIEN STATT MILLIARDEN FÜR AKW.

Bis 2030 sollen mindestens 50% der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Dank der in unserer cleantech-Initiative geforderten Investitionen in Erneuerbare entstehen in der Schweiz 100'000 neue Arbeitsplätze. Damit schaffen wir eine nachhaltige Wirtschaftsbranche. Wir wollen den kommenden Generationen eine intakte Umwelt übergeben und sie nicht aufgrund von kurzfristigen Interessen der Atomlobby mit Risiken belasten. AKW sind extrem teuer, unwirtschaftlich und hinterlassen ein Sicherheits- und ein Abfallproblem. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien.

2. WIR WOLLEN EINE ÖFFENTLICHE KRANKENKASSE STATT VERSICHERUNGSPOLIZEN.

Wir stehen ein für eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr und immer mehr Menschen haben Mühe sie zu bezahlen. Der Pseudowettbewerb in der Grundversicherung nützt nur den Krankenkassen und der Werbebranche. Den Versicherten bleiben die hohen Prämien und Unübersichtlichkeit. Darum wollen wir eine öffentliche Krankenkasse nach Vorbild der Suva, die gute Leistungen erbringt und kostengünstig wirtschaftet.

3. WIR WOLLEN EXISTENZSICHERNDE MINDESTLÖHNE FÜR ALLE STATT LOHNDUMPING.

Wer voll arbeitet, muss auch von seinem Lohn leben können. Es darf nicht sein, dass Firmen keine anständigen Löhne zahlen und dafür die Sozialhilfe aushelfen muss. Die Mindestlohninitiative schafft mehr Lohngerechtigkeit für alle: Ein Mindestlohn sorgt dafür, dass die Löhne aller Arbeitnehmenden mit dem wirtschaftlichen Wachstum Schritt halten. In den letzten Jahren sind Boni und Managerlöhne explodiert, die Lohnschere hat sich weiter geöffnet. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass wieder eine Lohnentwicklung stattfindet, die allen zugutekommt.

MEHR KAUFKRAFT SIEHT ANDERS AUS

4. WIR WOLLEN BEZAHLBAREN WOHNRAUM FÜR ALLE STATT PROFITE FÜR EINIGE WENIGE.

Die Mieten steigen weiter an. Die Besitzerinnen und Besitzer von Boden und Häusern erzielen bei stärkerer Nachfrage nach Wohnraum höhere Gewinne – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Mittlerweile kann in Städten oder Steuerdumpingkantonen sogar der Mittelstand kaum mehr eine Wohnung bezahlen. Das darf nicht sein. Mieten müssen den tatsächlichen Kosten entsprechen. Gemeinnütziger Wohnungsbau oder Sonderzonen für preisgünstige Wohnungen schaffen bezahlbaren Wohnraum. Mit der Abschöpfung des Planungsmehrwertes können Beiträge an den sozialen Wohnungsbau geleistet werden.

5. WIR WOLLEN CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE DANK TAGESSCHULEN STATT DIE SCHULE VON DAMALS.

Die Bildungschancen eines Kindes sind abhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Die heutige Schule kann dies nicht ausgleichen. Die SP will daher, dass die öffentliche Schule zur Tagesschule mit Betreuung und Aufgabenhilfe wird. Tagesschulen unterstützen alle Kinder gleichermassen in ihrer schulischen Laufbahn und führen zu besseren Startchancen für alle. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

6. WIR WOLLEN EINE WEITERBILDUNGSOFFENSIVE FÜR ALLE STATT PERSPEKTIVLOSIGKEIT FÜR TIEFQUALIFIZIERTE.

Die Lebensstelle ist zur Ausnahme geworden. Viele haben Schwierigkeiten beim Erwerbseinstieg oder müssen häufig die Stelle wechseln. Lebenslanges Lernen ist wichtiger denn je. Hochqualifizierte bilden sich bereits heute weiter. Diese Chance sollen alle erhalten: Mit einem Weiterbildungsfonds, der die Ausbildungskosten übernimmt und den Lohnausfall bei längerdauernden Ausbildungen ausgleicht. Die Finanzierung ist einfach: Auch Einkommen über 126'000 Franken sollen ihren Beitrag an die Arbeitslosenversicherung leisten und damit die benötigten 450 bis 600 Millionen jährlich beisteuern.

7. WIR WOLLEN EINE ERBSCHAFTSSTEUER ZUR FINANZIERUNG DER AHV STATT WEITERE STEUERPRIVILEGIEN.

Ein Prozent der Wohnbevölkerung besitzt so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Gleichzeitig profitiert genau dieses eine Prozent von weiteren Steuer geschenken, etwa bei der Erbschaft. In der Schweiz werden jedes Jahr 45 Milliarden Franken vererbt. Steuerfrei. Einige wenige Grosserben profitieren, ohne jede Leistung – die Chancengleichheit bleibt auf der Strecke. Eine Erbschaftssteuer mit einem Frei-



FAIRER MINDESTLOHN SIEHT ANDERS AUS

A high-angle photograph of a black leather dress shoe on a grey asphalt surface. To the left of the shoe is a black hat lying on its side, with a red lining. Inside the hat, several Swiss franc banknotes and coins are visible, including a 10 Franc note and several 1 Franc coins. The scene is lit from the upper left, casting a soft shadow of the shoe and hat onto the pavement.

betrag von 2 Millionen Franken garantiert mehr soziale Gerechtigkeit. Die zusätzlichen Einnahmen kommen direkt der AHV und somit der gesamten Bevölkerung zugute.

8. WIR WOLLEN EIN LEBENSARBEITSZEITMODELL FÜR DIE AHV STATT EIN HÖHERES RENTENALTER

Das Recht auf Rente muss von der beruflichen Laufbahn des Einzelnen und von der Beschwerlichkeit der verrichteten Arbeit abhängig gemacht werden. Schliesslich wirkt sich diese auch auf die Lebenserwartung aus. Daher darf künftig das Rentenalter nicht einzig vom Alter abhängen, vielmehr muss auch die geleistete Lebensarbeitszeit berücksichtigt werden. So soll die Pensionierung in der Regel nach 42 AHV-Beitragsjahren erfolgen – frühestens mit 62, spätestens mit 65 Jahren. Eine Erhöhung des Rentenalters im Rahmen der 12. AHV-Revision wird die SP kategorisch ablehnen.

9. WIR WOLLEN EINEN FLÄCHENDECKENDEN SERVICE PUBLIC STATT EIN AUSSPIELEN VON STADT UND LAND

Von einem starken Service Public und guten Infrastrukturen profitiert die ganze Bevölkerung. Bahn- und Buslinien, Poststellen, Schulen und eine gute Gesundheitsversorgung in allen Regionen halten unser Land zusammen und sorgen für Lebensqualität und Arbeitsplätze in der ganzen Schweiz. Wenn wir heute bei den Infrastrukturen sparen, sparen wir auf Kosten der Zukunft der Schweiz. Gerade für die Bahn braucht es sinnvolle Investitionen: Etwa mit der Erhöhung der Gewinnsteuer der Unternehmen statt mit einer einseitigen Belastung aller BenutzerInnen der öffentlichen Verkehrs.

10. WIR WOLLEN EINEN STARKEN WERKPLATZ STATT EINER DOMINANZ DER BANKEN

3000 Billionen Franken kostete die Finanzkrise weltweit. Sie hat gezeigt: Investmentbanken und Hedgefonds haben die Realwirtschaft in Geiselschaft genommen. Die vergangenen Jahre waren von Deregulierung und Selbstkontrolle geprägt. Dieses System hat versagt. Darum braucht es jetzt Regeln für den Finanzplatz: Lösungen für das „too big to fail“- Problem. Beschränkungen der Boni. Zudem muss die Finanzwelt für die Kosten ihrer Krisen aufkommen: Mit einer internationalen Finanztransaktionssteuer, die hilft, die Spekulation auf den Märkten zu zähmen.



DIE SP-ERFOLGE DER VERGANGENEN LEGISLATUR. FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

1. WIR HABEN WIRKSAM FAMILIEN ENTLASTET.

Dank der SP ist das Bundesgesetz über die **Familienzulagen** 2009 in Kraft getreten. Damit erhalten alle Arbeitnehmenden schweizweit Kinder- beziehungsweise Ausbildungszulagen. Die SP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass ab 2012 neu auch Selbständigerwerbende eine Kinderzulage erhalten. Zudem hat sich die SP mit Erfolg für die Lancierung und anschliessend für die Verlängerung des Impulsprogramms für **familienergänzende Kinderbetreuung** stark gemacht. Und dank der SP konnte die steuerliche Belastung der Haushalte mit Kindern gesenkt werden.

2. WIR HABEN FÜR EINE SICHERE ALTERSVORSORGE GEKÄMPFT.

Im Bereich der beruflichen Vorsorge hat sich die SP der Reduktion des Umwandlungssatzes der Renten der 2. Säule erfolgreich widersetzt und das Referendum **gegen den Rentenklau** mit 72,7% der Stimmen gewonnen. Und dank den SP-Stimmen im Parlament konnte auch bei der AHV eine Rentenkürzung verhindert werden.

3. WIR HABEN UNS FÜR ARBEITSPLÄTZE EINGESETZT.

2009 lancierte der Bundesrat, auch aufgrund der Forderungen der SP, vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ein **Stabilisierungspaket**, wobei insbesondere die vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe sowie die Ausweitung der Kurzarbeit einen entscheidenden Beitrag zur Konjunkturstabilisierung leisteten. Langfristig gestärkt wurde die Realwirtschaft mit der durch die SP unterstützte Fortsetzung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Dabei konnte die SP eine weitere deutliche Stärkung der **flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping** durchsetzen.

4. WIR HABEN DIE ERNEUERBAREN ENERGIEN GEFÖRDERT.

Für Investitionen in die erneuerbare Stromproduktion haben wir die **kostendeckende Einspeisevergütung** geschaffen. Sie ermöglicht den Marktdurchbruch für erneuerbare Energien.

Um Gebäude energetisch fit zu machen, haben wir ein **nationales Gebäudesanierungsprogramm** auf den Weg gebracht. Damit werden pro Jahr rund 10'000 Gebäudesanierungen ausgelöst.

5. WIR HABEN DER FINANZWIRTSCHAFT REGELN AUFERLEGT.

Dank der SP wurde im Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative eine **Bonus-Steuer** verankert. Doch leider unternehmen die Bürgerlichen alles, diese zu torpedieren – das Tauziehen im Parlament geht weiter. In den letzten Monaten wurde durch den Druck der SP die **Regulierung der Banken** schrittweise verschärft und eine Lösung für die faktische Staatsgarantie bei den Grossbanken ist in Arbeit. Zudem gab die Schweiz ab 2008 die von der SP stets kritisierte **Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug** auf und gewährt einer wachsenden Gruppe von Staaten auf Anfrage Amtshilfe, damit diese ihre Steuergesetze vollziehen können.

Ursula Wyss, Fraktionspräsidentin SP-Bundeshausfraktion

